

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

13.6.1929 (No. 134)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortl.
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Aufstellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Verdringung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Hochschulfächer, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Kapitalabfindung für Kriegsbekämpfte und Kriegserwitwen

Das Hauptverorgungsamt Karlsruhe teilt mit: Von der im Reichsversorgungsgesetz vorgesehenen Kapitalabfindung zur Schaffung oder Erwerb von Wohnstätten sowie zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes wird seit 1924 (Einführung der neuen Währung) in zunehmendem Maße Gebrauch gemacht. Solange die hierfür im Reichshaushalt vorgesehenen Mittel in ausreichendem Maße zur Verfügung standen, konnte jeder Antragsteller mit Bewilligung einer Kapitalabfindung rechnen, sofern ihre nützliche Verwendung gewährleistet war.

Nachdem durch die fortgesetzte Zunahme von Anträgen auf Kapitalabfindung die an und für sich schon beschränkten Mittel keineswegs mehr ausreichen, können nur noch Bewilligungen ausgesprochen werden, wenn die unbedingte Notwendigkeit der Abfindung anerkannt werden kann.

Unter diesem Gesichtspunkt scheiden die Anträge derjenigen Personen aus, die eine für die Größe ihrer Familie ausreichende und unter Berücksichtigung der heutigen Wohnverhältnisse erträgliche Wohnung haben. Daher werden zur Erstellung oder zum Kauf, zum Ausbau oder zur Erweiterung von Wohnstätten nur noch dann Abfindungen gewährt, wenn nachgewiesen ist, daß die Wohnverhältnisse ganz ungenügend sind, und daß nicht durch Tausch oder Ermietung eine bessere Wohnung zu erhalten ist.

Desgleichen müssen Anträge auf Ablösung von Hypothekenschulden, Darlehen usw. abgelehnt werden, zumal da die für eine Hypothek aufzubringenden Zinsen im allgemeinen nicht viel höher sind als der Verlust der Rente nach Kapitalabfindung. Es muß daher erneut dringend davor gewarnt werden, irgendwelche Verpflichtungen bezüglich Bau oder Kauf einzugehen oder gar mit dem Bau eines Hauses zu beginnen, bevor eine Entscheidung über die Abfindung getroffen ist.

Kriegsbekämpfte, welche die Behörden nach Erstellung oder Kauf eines Hauses vor eine vollendete Tatsache stellen und glauben, dadurch ihr Vorhaben zu fördern, müssen die Folgen der Mißachtung der gegebenen Weisung — vor Bewilligung der Abfindung keinerlei bindende Verträge abzuschließen — sich selbst zuschreiben. Es geht nicht an, diese Antragsteller vor denjenigen zu bevorzugen, die sich an die Stellung eines Antrages erteilten Belehrungen gehalten haben.

Zahlung von Militärrenten

Es wird darauf hingewiesen, daß die Zahlung der Militärverorgungsgebührensätze für den Monat Juli bereits am 28. Juni (nicht 29. Juni) erfolgt.

Druckfehlerberichtigung. Im gestrigen amtlichen Teil muß es in dem Brief des Justizministers Dr. Trunk an die Parteileitung der Zentrumspartei im vierten Absatz von unten heißen: „Es kann mir also nicht eingeredet werden, daß ich etwa zur Unzeit von einer nun einmal übernommenen Aufgabe weggehe.“

Ein neuer britischer Botschafter für Washington

W.D. New York, 13. Juni. (Tel.) Wie der Washingtoner Korrespondent der „New York Times“ berichtet, glaubt man in den diplomatischen Kreisen der Bundeshauptstadt zu wissen, daß Prof. Gilbert Murray von der Universität Oxford der nächste britische Botschafter in den Vereinigten Staaten sein werde. Dem Bericht der „Times“ zufolge trägt sich die britische Regierung mit dem Gedanken, den jetzigen Botschafter, Sir Esme Howard, seines Postens zu entheben, und zwar möglicherweise noch vor dem geplanten Amerikabesuch Macdonalds.

Eigenartiger Bombenanschlag in Irland

W.D. Dublin, 13. Juni. (Tel.) Am Dienstag ging bei der Polizei ein anonymes Schreiben ein, worin mitgeteilt wurde, daß auf einem bestimmten Felde bei Kilmish (Grafschaft Clare) eine Mine mit hochverträglichem Dokumenten vergraben sei. Drei Polizeibeamte fanden die Mine am bezeichneten Ort und öffneten sie. Im gleichen Augenblick erfolgte eine Explosion. Die Mine hatte mehrere Bomben enthalten, die beim Öffnen der Mine explodierten. Einer der Beamten wurde in die Stirn gerissen, die beiden anderen wurden verwundet, davon einer schwer.

Letzte Nachrichten

Vertagung der Finanzfragen?

Die Reform der Arbeitslosenversicherung

M. Berlin, 13. Juni (Priv.-Tel.) Wie es in parlamentarischen Kreisen heißt, sind die Unterhandlungen über die Finanzfragen zwischen den Parteien nicht weiter gefördert worden, so daß man sich bereits auf eine Vertagung dieser großen Probleme gefaßt macht. Dagegen will man unter allen Umständen noch vor der Sommerpause über die Arbeitslosenversicherung zu einem Ergebnis kommen, da man jetzt in der Zeit der niedrigen Arbeitslosigkeit unter allen Umständen Reserven ansammeln will für den Winter.

Ein Hilfsprogramm für die besetzten und Grenzgebiete

Bevorstehende Mitteilungen Dr. Wirths

M. Berlin, 13. Juni (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett hatte in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, mit der Ausarbeitung eines Hilfsprogramms sowohl für die besetzten Gebiete, wie für die Grenzgebiete zu beauftragen, das nach Durchberatung mit Sachverständigen sofort in Angriff genommen werden soll. Über die Einzelheiten wird voraussichtlich der Minister bei Beratung seines Staats im Reichstag Mitteilungen machen.

Die Organisation der Reparationsbank

Tagung Ende Juni in Baden-Baden

Berlin, 13. Juni. (Tel.) Nach einer „Vorwärts“-Meldung dürfte die Sitzung des Organisationskomitees der Reparationsbank Ende Juni in Baden-Baden beginnen. Das Arbeitsprogramm umfaßt folgende Punkte:

1. Ausarbeitung der Statuten der Reparationsbank.
2. Überwachung der Subskription zum Gründungskapital und Vorbereitung zur ersten Aufsichtsratsitzung.
3. Anpassung der innerdeutschen Gesetzgebung, die auf Grund des Dawesplanes erlassen worden ist (Reichsbank, Reichsbahn, Länder usw.), an die neuen Verhältnisse unter dem Youngplan.
4. Übergang der Befugnisse der Dawesorganismen an die Reparationsbank.

Die Rheinlandräumung

pr. London, 13. Juni (Pr.-Tel.) Londoner Blätter melden, daß die englische Regierung in der kommenden Woche formelle Schritte zu einer Konferenz über die Rheinlandräumung unternehmen werde.

Ein Zwischenfall im Prozeß Noos

W.D. Paris, 13. Juni. (Tel.) Kurz vor Schluß des gestrigen Verhandlungstages im Prozeß Noos in Befancon kam es zu einem Zwischenfall. Der Generalstaatsanwalt Mettas erklärte, daß Prof. Noos am 14. Mai 1927 den Vorsitz bei der Gründungsversammlung der Autonomistenpartei geführt habe. Der Saal, in dem die Gründungsversammlung stattfand, sei mit Fahnen geschmückt gewesen, jedoch habe sich unter diesen Fahnen keine Triflorole befunden. Auch die Briefbögen der Partei und die Flugblätter sollen in rotweißen Farben geschmückt gewesen sein.

Als Rechtsanwält Klein (Straßburg) erklärte: „Wer will uns daraus einen Vorwurf machen, daß sind doch unsere Nationalfarben“, erhob sich der Staatsanwalt und rief: „Die Farben des Eisatz sind die Farben ganz Frankreichs, nämlich blau-weiß-rot. Autonomismus und Föderalismus führen ja doch nur zu der verbrecherischen Forderung des Separatismus! Ich wende mich an die Geschworenen, aber ich wünsche, daß ich jenseits des Rheins, ja bis zu den Ufern der Spree, gehört werde!“

Politische Zusammenstöße in Paris

W.D. Paris, 13. Juni. (Tel.) Der Bund der Patriotenliga hatte, wie „Echo de Paris“ meldet, beschlossen, gestern einer kommunistischen Versammlung in der Pariser Vorstadt Bagnolet beizuwohnen. Die Kommunisten hinderten jedoch die Mitglieder des Bundes am Betreten des Saales, wobei es zu Zusammenstößen kam. Auch die Polizei griff ein. Bis Mitternacht wurden 22 Verwundete gezählt, darunter drei Polizisten.

Die vorläufigen Wahlergebnisse in Südafrika

W.D. Kapstadt, 13. Juni (Tel.) Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der Parlamentswahlen haben die Südafrikanische Partei 39, die Nationalisten 7, die Arbeiterpartei 4 und die Separationisten der Arbeiterpartei 2 Sitze erhalten. Zur Zeit sind nur Ergebnisse aus den Städten bekannt, die eine Bewegung zugunsten des Generals Smuts, des Führers der Südafrikanischen Partei, andeuten. Es besteht die Möglichkeit, daß keine der Parteien eine absolute Mehrheit erlangen wird. Die Ergebnisse aus den ländlichen Wahlbezirken werden das Schicksal der Regierung des Generals Verhog entscheiden.

* Die nicht ausgenützte Chance

Wenn man vom Rathaus kommt, ist man bekanntlich meist klüger, als zuvor. Jetzt, nach dem Ausfall der englischen Wahlen wissen wir, daß es für Deutschland sicherlich nützlicher gewesen wäre, wenn man die Arbeiten der Sachverständigenkonferenz so lange hätte hinziehen können, bis eine neue englische Regierung gebildet war. Das konservative Kabinett Baldwin-Chamberlain segelte mit einer solchen Ergebnis im Fahrwasser der französischen Politik, daß man schon beinahe von Würdelosigkeit sprechen konnte. Und wenn auf der Sachverständigenkonferenz in Paris die englischen Delegierten auch nicht grade die wildesten Seitenprünge der Franzosen und Belgier mitmachten, so haben sie doch Frankreich in seiner Grundabsicht unterstützt, und diese Grundabsicht hieß: „Auch nach dem neuen Plan soll Deutschland zahlen, bis ihm schwarz vor Augen wird.“ Von irgendeiner wirklich aufrichtigen Rücksichtnahme auf die Lage des deutschen Volkes und seiner hart kämpfenden, erwerbenden Schichten war bei den Engländern ebensowenig, wie bei den Franzosen und Belgiern zu spüren.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß im Zeichen einer Regierung der Arbeiterpartei in England die Londoner Delegierten, entweder von vornherein ganz andere Persönlichkeiten gewesen wären oder daß sie, falls man dieselben Herren enthandte, eine wesentlich andere Haltung eingenommen hätten. Jedenfalls ist der Pariser Reparationsplan auf der Basis einer politischen Machtgruppierung zustande gekommen, die heute, ein paar Wochen nach Abschluß der Konferenz, schon nicht mehr gilt. Und zwar ist eine sehr bemerkenswerte Verschiebung zu unseren Gunsten eingetreten. Ausnutzen können wir diese Verschiebung nun nicht mehr.

Im einzelnen hat die deutsche Außenpolitik in der ganzen Zeit der Tagung sehr geschickt und zielbewußt operiert. Aber man hat die eine, große Chance, die sich durch die englischen Wahlen darbieten mußte, nicht genügend beachtet. Die Gegenseite kann sich nun ins Fünftische lachen. Die Vertrauensmänner einer vom Geschick und den eigenen Sünden schon längst zum Rücktritt verurteilten englischen Regierung haben mit der in den letzten Jahren oft genug erprobten Besessenheit Frankreich noch kurz vor dem Sturz dieser Regierung die besten Dienste leisten können. Und höchstwahrscheinlich haben Frankreich und Belgien in den letzten Tagen der Konferenz nur deshalb den deutschen Vorbehalten zugestimmt, und auf weitere Erhöhungen der Zahlungen verzichtet, weil sie ahnten, was die Wahlen in England bringen müßten.

Es ist also ganz folgerichtig gedacht, wenn man jetzt bei uns die Zustimmung von Reichsregierung und Reichsparlament zu dem Pariser Reparationsplan von der vorzeitigen Räumung der besetzten Gebiete abhängig macht und dabei auch gleich die Saarfrage mit auf die Tagesordnung setzt.

Bezeichnenderweise nimmt man in England an, daß Frankreich nur sehr zögernd, ja mit Widerwillen an die Erörterung dieses Problems herangehen werde. Die neue englische Regierung wird aber, wie aus London gemeldet wird, die Einberufung einer Konferenz der Minister forcieren. Diese Konferenz soll sich mit dem neuen Reparationsplan und der Rheinlandfrage beschäftigen. Die Wichtigkeit der beiden Probleme rechtfertigt nicht nur die Anwesenheit der Außenminister, sondern auch die der Premierminister selbst. Das heißt auf deutsch, daß auch Herr Poincaré einmal persönlich am Verhandlungstisch zu erscheinen hätte.

Wohl oder übel wird die französische Regierung einer solchen Anregung zustimmen müssen. Und, wie sich aus den Besprechungen zwischen Briand und Stresemann zu ergeben scheint, will Frankreich rein formell den Zutritt dieser neuen, großen Konferenz der führenden Staatsmänner nicht unmöglich machen. Aber Briand ist bei seiner alten Ansicht geblieben, daß die vorzeitige Räumung nur dann erfolgen könne, wenn jene Kontrollkommission — die Franzosen nennen sie „Feststellungs- und Ausgleichskommission“ — gebildet werde. So soll also eine Maßnahme, die sich als politische und logische Schlussfolgerung aus der Pariser Sachverständigenkonferenz ganz von selbst ergibt, von neuen Zumutungen und Demütigungen abhängig gemacht werden. Und das alles, nachdem die Franzosen in Paris einen Reparationsplan geschenkt bekommen haben, der das reiche Frankreich

Mit der Beilage: Fohlenmarkt-Lotterie Knielingen

noch zehnmal reicher macht, und das arme, schwer ringende Deutschland immer noch weiter auf Jahrzehnte hinaus mit Frondiensten belastet!

Was die Saarfrage betrifft, so steht die französische Regierung auf dem Standpunkt, daß sie eine Sonderfrage darstelle und deshalb auch gesondert besprochen werden müsse. Gegen eine solche Besprechung in nächster Zeit scheint man in Paris nichts einzuwenden zu haben. Wahrscheinlich, weil man auch hier wieder ein gutes Geschäft wittert.

Die Madrider Ratstagung

Die große Minderheitenansprache in Madrid. Der Völkerrundrat ist heute vormittag 11 Uhr zunächst zu einer vertraulichen Sitzung zusammengetreten, um die Ernennung des Personals des Zentral-Opium-Amtes vorzunehmen und eine Erklärung des Präsidenten Abatschi über die Minderheiten in Oberschlesien entgegenzunehmen.

Kurz nach 11 Uhr wurde die Sitzung für öffentlich erklärt. Als erster und wichtigster Punkt der Tagesordnung wird die Minderheitenfrage auf Grund des vom Ratkomitee am Dienstag angenommenen Berichtes behandelt. Bei der Aussprache wird Reichsaussenminister Dr. Stresemann eine längere Erklärung abgeben, in der er die Verbesserung des Verfahrens bei der Behandlung der Minderheitenbeschwerden würdigen und dabei die grundsätzliche Stellungnahme Deutschlands zum Minderheitenproblem nochmals begründen und aufrechterhalten wird.

Die gestrige Sitzung

Der Völkerrundrat erledigte am Mittwoch eine reichhaltige Tagesordnung von 13 Punkten, die zumeist der Kenntnisnahme der Arbeitsergebnisse seiner Kommissionen galten. Eine der wichtigsten Fragen war die Errichtung einer Radiostation für den Völkerrund in Krisenzeiten, die im September von der Vollversammlung entschieden werden soll. Der Rat beschloß sich darauf, von der Transmissionskommission weitere Auskünfte über die technischen und finanziellen Bedingungen neu eingegangener Angebote für den Bau einer Radiostation einzuholen. Die Frage berührt sehr stark die schweizerische Neutralität, da die Station auf schweizerischem Gebiet erbaut werden soll. Der Rat beschloß, die Aufmerksamkeit der Mitglieder auf das Abkommen gegen den Offizierskrieg zu lenken, das bisher von 18 Staaten ratifiziert wurde, während 9 Staaten ihre Ratifikation angeündigt haben.

Den Schluß der Arbeitssitzung bildete die Annahme des amerikanischen Antrages auf Zulassung der Vereinigten Staaten zum Internationalen Gerichtshof in Haag. Im Zusammenhang damit nahm der Rat auch die Revisionsvorschläge für das Statut des Haager Gerichtshofes an und beschloß, eine Konferenz der Signatarmächte des Statuts für den 10. September, während der Vollversammlung, zur Beratung des Gegenstandes nach Genf einzuberufen.

Weitere Entlastung des Arbeitsmarktes

Nach den jetzt vorliegenden endgültigen Ergebnissen der Arbeitsmarktsstatistik ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung vom 15. bis 31. Mai 1929 in allen Landesarbeitsamtsbezirken weiter gesunken. Gegenüber rund 927 000 am 15. Mai waren am 31. Mai nur noch 807 750 vorhanden. Es ist also ein Rückgang um rund 120 000 oder 12,9 v. H. zu verzeichnen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Kreisfürsorge ist, während in der letzten Zeit vorher ein gewisser Stillstand eingetreten war, um etwa 2,1 v. H. gestiegen. Sie betrug am 31. Mai 208 031 gegenüber 198 887 am 15. Mai. An Notstandsarbeitern aus der Arbeitslosenversicherung und aus der Kreisfürsorge wurden nach dem 31. Mai rund 108 000 gegenüber 104 000 am 15. Mai gezählt. Nach den vorläufigen Meldungen der Landesarbeitsämter dürfte die Zahl der unterstützten Arbeitslosen bis zum 11. Juni etwa um weitere 40 000 gesunken sein und somit also erstmalig in diesem Jahre unter dem Stande von 800 000 liegen.

Das Offizierkorps der Reichswehr

Nach dem Reichswehrstatut werden gegenwärtig im deutschen Reichsheer 3798 Offiziere gezählt. Seit dem Bestehen der Reichswehr sind im ganzen 209 ehemalige Interoffiziere zu Offizieren befördert worden. Bis Ende 1928 wurden davon wieder ausgeschieden 104, darunter 63 Hauptleute; von diesen haben 13 den Charakter als Major erhalten. Infolgedessen sind jetzt im Reichsheer noch im aktiven Dienst 105 Offiziere, die aus dem Interoffizierstand hervorgegangen sind, darunter 64 Hauptleute. Nach einer Übersicht vom 1. Januar 1929 waren von den zu Offizieren beförderten 282, d. h. 87 Proz. Abiturienten, und 34, d. h. 13 Proz., Nichtabiturienten.

Morgen Beginn der Marktverhandlungen in Brüssel. Die deutsch-belgischen Verhandlungen über die Marktfrage werden am morgigen Freitagvormittag in Brüssel beginnen. Die Verhandlungen sollen vertraulich geführt werden. Von belgischer Seite ist Butt, von deutscher Seite Dr. Ritter bevollmächtigt.

Bruchsaler Historische Schloßkonzerte. Für das Kammerorchester der am 15., 16. und 17. Juni d. J. im Bruchsaler Schloß stattfindenden historischen Konzerte hat der musikalische Leiter, Generalmusikdirektor Josef Krups vom Badischen Landestheater Karlsruhe ausgezeichnete Kräfte ausgewählt: die Konzertmeister Voigt (1. Geige), Lohsenkiel (1. Geige), Müller (Bratsche), Trautwetter (Cello), die Kammermusiker Schied (Kontrabaß), Grabert (2. Geige), Bergner (2. Geige), die Kammervirtuosen Kämpfe (Oboe), Guhr (Oboe) und Spittel (Flöte). Als Gesangs-Solistin ist wieder Mia Ginster (Frankfurt a. M.) gewonnen.

Subventionierung des Berliner Philharmonischen Orchesters. Wie verlautet, besteht in Berliner städtischen Kreisen die Absicht, in Abereinunft mit dem Reich und Preußen eine Gesellschaft zur Subventionierung des erneut in finanzielle Nöte geratenen Berliner Philharmonischen Orchesters zu gründen. Die Verhandlungen über diesen Plan sind zwar noch nicht abgeschlossen, sollen aber in aller nächster Zeit zu Ende geführt werden. Es kommen Zuschüsse von mehr als 200 000 M jährlich in Frage.

Ein neues Heilmittel für Krebs entdeckt? Auf dem pan-unionistischen Kongreß von Leningrad machte der Leningrader Arzt Morozow eine Mitteilung über eine neue von ihm entdeckte Methode zur Heilung des Hautkrebes. Es soll Morozow gelungen sein, mit gefrorener Kohlenäure drei Jahre alte Krebswunden zu heilen.

Aus dem Reichstag

Abstimmungen vom Innenrat und Postetat

Die am Dienstag nicht zu Ende geführte Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern nahm am Mittwoch nur noch kurze Zeit in Anspruch. Die Aussprache brachte nichts besonders Bemerkenswertes mehr.

Der Etat wurde in der Ausschüßfassung unverändert angenommen, ebenso eine Entschließung der Deutschnationalen, in der gesetzgeberische Maßnahmen gegen Entartungen und Verwilderungen auf dem Gebiete der literarischen Erzeugnisse und des Theaters gefordert werden, ferner eine von gleicher Seite eingebrachte Entschließung zur Nachprüfung der politischen und religiösen Neutralität des Kursbuchs, sodann Entschließung auf Verbesserung der Fahrpreisvergünstigungen für Jugendfahrten und Nachprüfung des Zwangslehes.

Abgelehnt wurde mit 235 gegen 161 Stimmen bei einer Enthaltung eine kommunistische Entschließung auf völlige Trennung von Staat und Kirche, ebenfalls abgelehnt — mit 199 gegen 87 Stimmen bei 130 Enthaltungen — ein kommunistischer Antrag auf Annullierung des bayrischen Konfessionsrats, und mit ähnlicher Mehrheit ein kommunistischer Antrag auf Verbot des preussischen Konfessionsrats. Angenommen wurde eine deutschnationale Entschließung auf Vorlegung eines Reichsbehaltengesetzes.

Die Mißtrauensanträge gegen den Reichsinnenminister Severing wurden gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt, ebenso ein demokratischer Antrag auf Vorlegung eines neuen Wahlgesetzes, und zwar gegen die Stimmen der Demokraten und des Zentrums. Ein demokratischer Antrag auf Aufhebung der inverechnlichen Ländergebühren wurde dem Schulauschuß überwiesen gegen die Stimmen der Linken.

Angenommen wurden schließlich noch Zentrumsanträge auf Vorlegung eines Reichsbühnengesetzes, eines Reichsberufsschulgesetzes und eines Gesetzes über den Schutz der Jugend bei Luftfahrten. Mehrere weitere Anträge wurden den Ausschüssen überwiesen und dann ohne Aussprache das Abkommen über die Gründung eines Weltbühnenbundes angenommen.

Dann ging man zur Beratung des Postetats über. Reichspostminister Dr. Schädel gab einen Überblick über die Entwicklung der Reichspost im verfloßenen Jahre. In der Debatte wurde mehrfach vor grundsätzlichen Änderungen des Postfinanzgesetzes im gegenwärtigen Augenblick gewarnt. Eine Entschließung der Deutschnationalen will die über den Vorschlag hinaus sich ergebenden Überschüsse zur Zahlung der rückständigen Zinsen aus den Abfindungssummen an Bayern und Württemberg verwendet wissen.

Reichspostminister Dr. Schädel erklärte in Beantwortung mehrerer Anfragen, daß wegen der Gebühren im Mundstump eine Senkung erst eintreten könne, wenn dies im Interesse der Gesamtposten für den Mundstump tragbar erscheine. In der Frage der Abfindungssumme an Bayern und Württemberg bestehe grundsätzliche Übereinstimmung, doch seien die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Damit war die Aussprache erledigt. Die Abstimmung über den Postetat wurde auf heute Donnerstag vertagt. Tagesordnung außerdem: Justizetat.

In der Sitzung am heutigen Donnerstag teilte bei einer Geschäftsordnungsdebatte über die Redezeit Präsident Loh mit, daß beachtet sei, nach dem Justizetat den Verkehrs- und den Kriegslasten, den Finanzen mit Reichsfinanzverwaltung und des Auswärtigen Amtes in zweiter Beratung zu erledigen und dann die dritte Lesung der Etats vorzunehmen. Das müsse so schnell erledigt werden, daß der Reichstag noch vor dem 1. Juli dazu Stellung nehmen könne. Die Redezeit wurde dem Vorschlag des Präsidenten entsprechend auf drei Viertelstunden festgelegt.

Kurze Nachrichten

Zur Reform der Arbeitslosenversicherung. Die sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien im Reich haben die Besprechungen über die Arbeitslosenversicherung am Mittwoch unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Eiser fortgesetzt. Es wurde eine Reihe von Vorschlägen zur Lösung der kritischen Frage erörtert. Das Reichsarbeitsministerium wird die sozialpolitischen und finanziellen Auswirkungen dieser Vorschläge prüfen, und die Erörterungen sollen am heutigen Donnerstag abgeschlossen werden.

Ausschluß aus dem Hessischen Landtag. Die beiden einzigen Kommunisten des Hessischen Landtags wurden am 14. Tage von den Verhandlungen ausgeschlossen, weil sie die Aufforderung des Landtagspräsidenten, nicht in Kostuniform zu erscheinen und sich aus dem Sitzungssaal zu entfernen, nicht Folge leisteten. Da die gegenwärtige Sommertagung vor Ende Juni ihr Ende findet, verlieren die beiden Kommunisten auch während der Sommerferien ihre Rechte als Abgeordnete.

Belgische Propaganda. In Belgien lassen eine Anzahl von Firmen Klebezettel auf Briefumschlägen befestigen, durch die die Hege gegen Deutschland betrieben wird. Das Reichspostministerium hat am 3. d. M. an die belgische Postverwaltung ein Schreiben gerichtet, in dem darauf aufmerksam gemacht wird, daß Briefe mit derartigen Bemerkungen nach den Bestimmungen des Weltpostvereins von der Beförderung ausgeschlossen sind und hat die Aufforderung daran geknüpft, für eine Abstellung dieses Mißstandes zu sorgen.

Sozialdemokraten für das Konfessionsratsgesetz. Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags hat sich für den Abschluß des Konfessionsratsgesetzes ausgesprochen.

Ein Straferlass für die Gemeinfälle will ein im Reichstag eingebrachter deutschnationaler Antrag.

Der Hansabund feierte sein 20jähriges Bestehen.

Schächterverbot in Norwegen. Das norwegische Oberstehing hat eine Vorlage betr. ein neues Schächtergesetz angenommen, das u. a. das Verbot der jüdischen Schächtmethode des Schächters enthält.

Französische Schluppe in Marokko. In Marokko wurde eine französische Truppenabteilung von Eingeborenen in einen Hinterhalt gelockt. Sie hat den Verlust von 13 Toten und 10 Verletzten, darunter 20 Offiziere, zu beklagen, während das Schicksal von 15 Franzosen und 70 Eingeborenen noch ungewiß ist.

Die Sühne für den Bombenanschlag in Delhi. Die beiden Jnder Chagat Singh und Butechhara, die am 8. April d. J. den Bombenanschlag auf die gesetzgebende Versammlung verübt hatten, wurden zu lebenslänglicher Verbannung verurteilt.

Badischer Teil

Keine weiteren Lotterievertriebsstellen in Baden

Zwecklosigkeit von Gesuchen

Durch die in den letzten Jahren in großem Umfang durchgeführte Neuerrichtung von staatlichen Lotteriereinnahmen ist dem Bedarf an Vertriebsstellen der Preussisch-Süddeutschen Staatslotterie in weitestem Maße genügt. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, würde eine weitere Vermehrung der Lotteriereinnahmen das Bedürfnis weit übersteigen und durch eine übermäßige Konkurrenz die bestehenden Einnahmen gefährden und zu einem unliebsamen Kellamettbewerb führen. Der geringe Bedarf an Bewerbern um Verleihung durch Abgang erledigter Einnahmestellen ist durch die bisher vornotierten Gesuche auf Jahre hinaus gedeckt.

Weitere Gesuche um Verleihung von Lotteriereinnahmen sind daher zwecklos. Die dürfen gemäß den hierüber gefaßten Beschlüssen des Staatslotterieauschusses nicht mehr bearbeitet werden. Die Generaldirektion wie die badische Staatsschuldenverwaltung wird demgemäß etwaige Gesuche, die trotzdem eingehen sollten, unbeantwortet lassen.

Deutscher Kohlenhandelstag in Karlsruhe

Nachdem am Mittwoch interne Beratungen vorausgegangen waren, tagte am heutigen Donnerstag im kleinen Festhallsaal zu Karlsruhe die aus allen Teilen des Reiches stark besuchte Hauptversammlung des Zentralverbandes der Kohlenhändler Deutschlands e. V. Als Ehrengäste hatten sich eingefunden: Staatspräsident Dr. Schmitt, Ministerialrat Dr. Scheffmeier, vom Ministerium des Innern, Oberbürgermeister Dr. Jinter, der Reichskohlenkommissar, Geh. Oberbergamt Dr. Stus, der Präsident der Oberpostdirektion Geh. Rat Kämmlin, Abg. Wiser für den Bad. Landtag, ferner Vertreter des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, des Landesfinanzamtes, des Schweizerischen Kohlenhändlerverbandes, der Kohlenhändler, des deutschen und badischen Einzelhandels und der badischen Handelskammern.

Der trotz seiner 70 Jahre jugendfrische Präsident, Senator Ludwig Wiesinger, Hamburg, eröffnete die Tagung mit herzlichen Begrüßungsworten. Er stellte ein ausgezeichnetes Verhältnis zwischen Handel und Syndikaten fest und führte aus, daß der Kohlenhandel in der für ihn schweren Zeit der großen Kälteperiode seinen Mann gestanden habe. Er teilte dann die Verleihung der Ludwig-Wiesinger-Gedenkmünze an verdiente Mitglieder, sowie an Geheimrat Dr. Stus mit, was mit starkem Beifall aufgenommen wurde.

Staatspräsident Dr. Schmitt verbriefte das lebhafteste Interesse der badischen Staatsregierung an den gegenwärtigen Verhandlungen. Er vertoß auf die schwierige wirtschaftliche Lage des Grenzlandes Baden und fuhr fort, daß man das Ergebnis der Reparationskonferenz nicht ohne große Sorge betrachten könne, andererseits dürfe man aber auch nicht ohne einen gewissen Optimismus in die Zukunft schauen. Bei Aufzählung der die deutsche Wirtschaft, und speziell den Kohlenhandel betreffenden Probleme erinnerte der Staatspräsident u. a. an die staatlichen Maßnahmen zur Förderung der Rheinschiffahrt und an das Verlangen nach einer anpassungsfähigen Tarifpolitik der Reichsbahn.

Oberbürgermeister Dr. Jinter überbrachte die Grüße der Stadtverwaltung. Geheimrat Dr. Stus sprach im Namen des Reichskohlenverbandes und Reichskohlenrates. Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung sieht im Kohlenhandel einen unentbehrlichen Faktor der Wirtschaft. Nachdem noch der Präsident der Oberpostdirektion, Geh. Rat Kämmlin, und der Präsident Nicolai für den Industrie- und Handelstag, und die badischen Handelskammern gesprochen hatten, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied, Direktor Karl Borchardt, Berlin, eröffnete den Jahresbericht. Von den 104 Vereinen mit 5000 Mitgliedern im Jahre 1920 hat sich der Kohlenhandel organisatorisch entwickelt zu 15 Landesverbänden des Großhandels mit 888 Mitgliedern und 24 Plakthandelsverbänden mit 635 örtlichen Vereinen und 17 177 Mitgliedern. Der Referent zählte die Gründe auf, die die Kartellpolitik des Kohlenhandels notwendig machten, und forderte erneut eine Revision des Kartellrechts.

Es folgte ein Vortrag des Oberreg.-Rats a. D. Dr. Tiburtius, Berlin, des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels über „Strukturveränderungen im Handel“. Der Redner schloß mit dem Hinweis auf die besondere Stellung des Kohlenhandels innerhalb des gesamten Einzelhandels und trat für eine gerechtere Behandlung des Kohlenhandels durch Gesetzgeber und Behörden ein.

Der Vorsitzende der Gruppe Großhandel im Zentralverband der Kohlenhändler Deutschlands, Franz G. Sauer, Frankfurt a. M. behandelte in einem längeren Vortrag das Thema „Der Kohlenhandel an der Rheinwasserstraße“.

Er ging aus von einer Schilderung der Entwicklung des Kohlenhandels und der Einheitsbestrebungen im Ruhrkohlenbergbau und Kohlenhandel, die bis in die Anfänge des Jahres 1888 zurückreichen, und besprach dann die heutigen Verhältnisse im Gebiet der Rheinwasserstraße, die sich gegenüber 1914 in katastrophaler Weise verschoben haben. Während früher die Ruhrkohle vorherrschte, sieht sie sich heute in schwerem Kampfe nach allen Seiten hin. Die Einfuhr fremder Kohle hat 1928 eine Steigerung von über 500 000 t erfahren; hier von sind zwei Fünftel englischer und drei Fünftel holländischer Herkunft. Man müsse baldigst Voraussetzungen schaffen, um in erster Linie der Verständigung zwischen Baden, Holland und der Ruhr näherzutreten, ehe der weitere Kampf mit Polen, Saar und Lothringen beginne.

Der Redner kam dann auf die Entstehungsgeschichte der Rheinschiffahrt und ihre Wechselbeziehung zum Ruhrbergbau zu sprechen. Auf der Grundlage staatlicher Fürsorge konnte die Rheinschiffahrt ein gewaltiges Ausmaß erlangen. Leider aber ziehen heute aus den politischen Veränderungen die Interessen der größten Kräfte aus jener Arbeit, die nichts oder wenig zur Bervollkommnung dieser Wasserstraße beigetragen haben. Die ständig wachsende soziale Belastung machten den deutschen Unternehmer im Wettstreit gegen die Ausländer hilflos. Dazu komme noch der Entzug der großen Frachtmengen durch die Eisenbahn, durch die Elektrizität auf dem Wege über die Wasserkräfte, durch Automobile usw. Gegenüber all diesen Hemmnissen ist es erforderlich, mit allen Mitteln an die Beseitigung des Schiffsumlaufes zu denken. Es müßten dann aber Arbeitszeitbegrenzungen wagsfallen, die für die Schifffahrt so wenig passen wie für die Landwirtschaft.

Die beiden Vorträge wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Ein Ausflug nach Baden-Baden am Nachmittag bildet den Abschluß der Tagung.

Die Befugnisse des französischen Konsulatsagenten in Rehl

Über die Befugnisse des zum französischen Konsulatsagenten in Rehl ernannten Generalkonsuls a. D. Pierre Calviere wird mitgeteilt, daß er berechtigt ist, Tagesvisen für eine einmalige Einreise nach Straßburg auszuerteilen, um einem schon längst vorhandenen Bedürfnis abzuhelfen. Wenn jetzt jemand nach Rehl auf Besuch kommt und einen Ausflugs nach Straßburg machen will, so braucht er sich nicht erst an das französische Konsulat nach Karlsruhe zu wenden, sondern kann hier sein Visum erhalten. Zur Ausstellung von Visen für längere Zeit oder zur Arbeitsaufnahme ist der Konsulatsagent nicht befugt, ist aber zu Auskünften jeder Art gern bereit.

Der Hochschulbau in Heidelberg

Wie aus einem im Verkehrsverein Heidelberg von Oberbauat Koch gehaltenen Vortrag hervorgeht, hat Prof. Gruber neuer Entwurf für das Hörsaalgebäude in letzter Zeit auf Wunsch der Baukommission nochmals einige Änderungen erfahren. Gruber will an Stelle des sog. Neuen Kollegienhauses einen großen einheitlichen Bau schaffen, der u. a. einen großen Festsaal für 1800 Personen enthalten soll. Die weiteren neuen Bauten in der Grabengasse und in der Seminarstraße schreitet sich derzeit an, daß sie zusammen mit dem Bau am Ludwigplatz ein einheitliches Gebäude darstellen, moogen das bisherige Seminarhaus (abendliche Lesehalle) als schöner Barockbau im wesentlichen freistehen soll.

Vom Schlussswert

Die Arbeiten zum Bau des Gangtunnels vom Feldberggebiet sind nunmehr vergeben worden, und zwar wurden durchweg badische Firmen berücksichtigt. Die Arbeiten werden in drei Abschnen ausgeführt: Los I umfaßt die Zuleitung des Sagenbaches in einen Gangtunnel zum Waldhofsstollen. Die Arbeiten werden hier von der Bauunternehmung Armbruster & Co. in Freiburg-Rittenweiler, Zementwarenfabrik, ausgeführt. *Baules II betrifft den Gangtunnel bis zur Waldgrenze im Varental. Diese Arbeiten werden von der Tiefbaufirma Behre & Nist, Offenburg, ausgeführt, während Los III, nämlich Gangtunnel von der Waldgrenze im Varental bis zum Windgfallweber, von der Firma Brenzinger & Co. in Freiburg gebaut werden wird. Die Arbeiten haben teilweise schon begonnen.

Verleumderische Beleidigung der Justiz

Im Landtag kam im Verlauf der letzten Tagungsperiode eine kommunistische Interpellation zur Besprechung, in der der „Fall Gorenflo“ aufgerollt worden war. Gorenflo war ein Strafgefangener im Bruchfaler Justizhaus und litt an einem Rückenmarkleiden. Die Bitte um Strafunterbrechung wurde abgewiesen und der Gefangene in die Sonderabteilung des Bruchfaler Krankenhauses eingeliefert, wo er verstarb. Der Abgeordnete Lehleiter erklärte, daß die „Justiz Gorenflo gemordet“ hätte. Die Mannheimer „Arbeiterzeitung“ machte sich diesen Ausdruck zu eigen und schrieb über die Rede von Lehleiter: „Die Justiz hat Gorenflo gemordet“. Weiter wurde noch geschrieben, der Vorfall sei ein Skandal. Auf Grund dieser Verleumdung stellte der badische Justizminister Strafentwurf gegen die verantwortlichen Redakteure wegen verleumderischer Beleidigung. Die Redakteure Kurt Rosenbaum und Stephan Seymann standen deshalb vor dem Schwurgericht. Die Verhandlung endete damit, daß beide wegen übler Nachrede verurteilt wurden, Rosenbaum zu 1000 M. Geldstrafe und Seymann zu 1500 M. Geldstrafe.

Ein Gruß der Heimat an die Badener im Saargebiet

Der Verein der Badener im Saargebiet, gegründet 1908 in Saarbrücken, zum Zweck eines engeren Zusammenschlusses der im Saargebiet ansässigen Badener und zur Pflege der Heimatliebe, heimischen Volkstums und der landsmannschaftlichen Eigenart auf gefestigter Grundlage, feierte am Sonntag in Saarbrücken das Fest der Bannerweihe.

Der Bund der Saarvereine, Ortsgruppe Mannheim, sandte aus diesem Anlaß dem Verein der Badener im Saargebiet ein Glückwunschschreiben, in dem es heißt: „Die zahlreichen Badener im Saargebiet und die vielen Saarländer in Baden und in anderen deutschen Ländern, die hier wie dort Heimatliebe zusammengeführt hat, sind ein lebendiges Zeugnis für die alten wechselseitigen und unzertrennlichen Beziehungen zwischen hiesigen und drüben. Wo aber sind die 150 000 Franzosen, die nach der Behauptung Clemenceaus 1918 im Saargebiet gelebt haben sollen? Mit diesen erlogenen 150 000 Saar-Franzosen hat Frankreich erreicht, daß Sie mit unsern Schwestern und Brüdern an der Saar von unserm gemeinsamen großen deutschen Vater- und Mutterland abgetrennt wurden. Nach List und Gewalt erfahre unsere Uralte und Ihre Wahlheimat an der Saar endlich Wahrheit und Gerechtigkeit, damit Sie und unsere Schwestern und Brüder auch im Saargebiet, der Hochburg und dem mächtigen Epizentrum des Deutschentums, wieder als freie Deutsche im freien Deutschland leben können.“

Aus der badischen Landwirtschaft

Gründung einer Obstverwertungsgenossenschaft. Zur Sebung und Förderung des Obstbaus haben sich namhafte Landwirte und Obstbauzüchter des Breisgaus zu einer Obstverwertungsgenossenschaft zusammengeschlossen. Die Hauptziele der neuen Genossenschaft, der schon ungefähr 250 Mitglieder angehören, ist die Verlesierung des Inlandmarktes und die Versorgung der Bevölkerung mit preiswertem Qualitätsobst. Zur Errichtung von Lageräumen und Verkaufsstellen ist der Genossenschaft aus dem Fonds des Rotzprogramms für die Landwirtschaft der Betrag von 40 000 M. zur Verfügung gestellt worden. In der ersten öffentlichen Versammlung, die in Freiburg stattfand, wurde beschlossen, den Geschäftssitz des genossenschaftlichen Unternehmens nach Emmendingen zu verlegen, ein Vorschlag war auch Freiburg gemacht worden. Zum 1. Vorsitzenden wurde Bürgermeister Dör (Heweller), zum Geschäftsführer Bürgermeister Hirt, Emmendingen, gewählt.

Obstbaumzüchte im Schwarzwald. Die Obstbaumanlagen im Hochschwarzwald haben unter dem Froste außerordentlich gelitten. Besonders an den Kirichen sind große Frostplatten zu sehen, die teilweise auch aufgeplatzt sind. In vielen Fällen sind die Blütenknospen und die noch nicht verholzten letztjährigen Triebe erfroren. An den Froststrichen, insbesondere bei den Apfelbäumen, haben sich Schädlinge eingefunden. Besonders die Wutlaus wirkt verheerend. Auch der Boden der Obstbäume ist erschöpft, da die große Kälte und die langanhaltende Trockenperiode den Wurzeln alles Wasser entzogen haben. Die Aussichten der diesjährigen Obsternte sind nicht günstig.

Der Voranschlag der Stadt Lörrach für das Rechnungsjahr 1929/30, der nunmehr dem Bürgerausschuß überreicht wurde, sieht an Ausgaben 2,244 Millionen, an Einnahmen 1,727 Millionen Reichsmark vor, so daß ein ungedeckter Aufwand von 517 000 M. verbleibt. Zur Deckung soll wie im Vorjahre eine Umlage von 96 Pf. auf das Grundvermögen, von 42 Pf. auf das Betriebsvermögen und von 6,30 Pf. auf den Gewerbeertrag aufgebracht werden, vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses.

Weltgetreidekampf

Erschwerung der Lage der deutschen Landwirtschaft

Auf dem Weltgetreidemarkt beobachteten wir in der letzten Zeit Vorgänge, die sehr bedeutungsvoll sind und in ihren Auswirkungen auch für Deutschland Interesse haben.

Der Weltweizenmarkt — Weizen ist heute das weitestverbreitete agrarische Welthandelsprodukt — steht unter dem Zeichen verheerender Absatzkämpfe. In letzter Zeit beobachteten wir an den internationalen Börsen einen andauernden Rückgang des Weizenpreises von fast krisenhaften Ausmaßen. Gegenüber dem Vorjahre sind die Preise für Weizen auf dem Weltmarkt um etwa 70 bis 80 M je Tonne gesunken. Berücksichtigt man allein die Notierung an der Chicagoer Börse vom Mai 1929, so zeigt sich ein Absturz von etwa 33 Proz. gegenüber Mai 1928. Und die Ursache dieses für die Landwirtschaft der weizenzeugenden Länder verlustreichen Preiseinbruchs? Man tappt da vielfach im Dunkel und sieht über die Gründe nicht klar.

Das Gesetz von Angebot und Nachfrage wirkt sich, wie stets im wirtschaftlichen Verkehr, auch hier aus: das Weizenangebot ist erheblich gestiegen, die Weizennachfrage hat damit jedoch nicht Schritt gehalten. Eine Reformierte Kanadas, des größten Weizenanbaulandes der Welt, trat zusammen mit einem günstigen Ernteausfall in den Vereinigten Staaten, in Argentinien und den anderen Haupterzeugungsändern der Erde. Kanada erntete im letzten Jahre 14,5 Millionen Tonnen gegenüber 11,8 Millionen Tonnen im Jahre 1928; die Vereinigten Staaten produzierten 24,60 Millionen Tonnen (1928: 22,7 Millionen Tonnen) und Argentinien 7,5 Millionen Tonnen (1928: 6 Millionen Tonnen). Im ganzen erbrachte die letzte Weltternte 126,8 Millionen Tonnen Weizen; das sind, verglichen mit den vorjährigen Ernteegebnissen, 11,3 Millionen Tonnen mehr als 1927 und sogar 23,9 Millionen Tonnen mehr als im Durchschnitt der Vorkriegsjahre 1909—1913.

Dieser Weltproduktion entspricht jedoch die Kaufnahmefähigkeit der internationalen Weizenmärkte, insbesondere der europäischen Konsumländer, nicht im entferntesten. Das ist nun nicht etwa so zu verstehen, als sei die Welt mit dieser wertvollen Brotfrucht überflüssig — nein, Bedarf an Weizen ist zweifellos genug vorhanden, namentlich im verarmten Mittel- und Osteuropa. Und die Annahme, daß eine Überproduktion an Weizen vorliege, wird schon dadurch widerlegt, daß dem langsam steigenden Anbau eine stärker steigende Bevölkerungsvermehrung in fast allen Ländern der Erde gegenübersteht. Die weltlichen Ursachen für die krisenhaften Erscheinungen gehen vielmehr im wesentlichen auf die verminderte Kaufkraft hauptsächlich in den europäischen Konsumländern zurück. Der schwere Preiseinbruch auf dem Weltweizenmarkt ist, um es auf eine knappe Formel zu bringen, nicht die Folge einer Überproduktion, sondern einer Unterkonsumtion, eines durch den Zwang der Verhältnisse bedingten Rinderverbrauchs, namentlich in Mitteleuropa.

Diese weltwirtschaftlichen Zusammenhänge haben sich auch auf die deutschen Verhältnisse ausgewirkt. Auch Deutschland gehört zu den Weizenanbauländern, die sich im Jahre 1928 einer sowohl der Menge als der Güte nach günstigen Ernte erfreuten — und auch die deutsche Landwirtschaft ist von dem Preissturz betroffen worden. Das ist um so bemerkenswerter, als die deutsche Bevölkerung sich mehr und mehr vom Roggenkonsum ab- und dem Weizenkonsum zuwendet, so daß die heimische Scholle selbst bei gutem Ernteausfall den Inlandsbedarf nicht zu decken vermag. Bei der engen Verflechtung Deutschlands in die Weltwirtschaft mußte das Abangebot auf den internationalen Weizenmärkten auch auf die Preisentwicklung im Inland Einfluß ausüben. Allerdings sind die Preisnotierungen in Deutschland aus bestimmten innerwirtschaftlichen Gründen nicht in gleichem Maße zurückgegangen wie an den internationalen Börsen.

Aus der badischen Industrie

Die Lage in der Wieslocher Zigarrenindustrie. Die für die Sommermonate erwartete Belebung des Arbeitsmarktes in der Zigarrenindustrie des Amtsbezirks Wiesloch mit etwa 6000 Tabalarbeitern bei einer Einwohnerzahl von 30 000 ist nicht eingetreten. Bedeutende und alteingesessene Firmen der Branche haben bis jetzt nicht wieder die Fabriktore geöffnet, so daß in neun Zehntel der Bezirksgemeinden die Zahl der Erwerbslosen, vor allem der in der Krisenfürsorge sich befindlichen, erschreckend hoch ist. Die Erwerbslosigkeit in der Zigarrenindustrie hat sich auch recht empfindlich auf die Gesamtwirtschaftslage im Bezirk, vor allem auf den Handel und das Handwerk, ausgewirkt. Die Aussichten sind auch vorerst noch keineswegs rosig, da sich die Lage der Gesamtwirtschaft Deutschlands, für die die Zigarrenindustrie ein überaus feiner Gradmesser ist, noch nicht zu bessern scheint.

Tagungen

Der Badische Förderverein hielt in Emmendingen seine diesjährige Hauptversammlung ab. Etwa 200 badische Förderer hatten sich dazu eingefunden. Auch eine große Anzahl Ehrengäste waren geladen. Neben allgemeinen Organisationsfragen wurden auch besonders die rein beruflichen Angelegenheiten behandelt. Der unglückliche Krieg, insbesondere aber die Nachkriegszeit verlangten auf allen Gebieten Höchstleistungen. Um diese zu vollbringen, sei eine gründliche Ausbildung der Forstbetriebsbeamten notwendig. Diese Bestrebungen zum Ziel zu führen, hat sich der Verein Badischer Förster und Forstsekretäre zur Aufgabe gestellt. Die Verhandlungen nahmen einen im ganzen voll befriedigenden Verlauf.

Die Verbandstagung der Blechner, Spengler und Installateuremeister Badens und der Pfalz e. V. in Mosbach besahte sich hauptsächlich damit, wie den Schwierigkeiten, welche sich durch verschiedene Momente, insbesondere die nun vor der Tür stehende Gasfernversorgung zeigen werden, begegnet werden kann. Die Gasfernversorgung wird den Installateuren vor ganz neue und nicht leichte Aufgaben stellen. Die Aussprache war sehr lebhaft. Es zeigte sich über alle wichtigen Punkte Einmütigkeit.

Die lebendige Stadt. Zweimonatsschrift der Stadt Mannheim. Eine neue Zeitschrift, die es unternimmt, die zahllosen Zweige der Tätigkeit einer modernen Stadtverwaltung zur Diskussion zu stellen. Wie umfangreich das Gebiet ist, das die Zeitschrift sich abgeekelt hat, erweist das erste Heft, in dem Fragen des Verkehrs und der Wirtschaft, der Verwaltung, des Bauwesens, der Kunst und der Wissenschaft behandelt sind. Das Einigende bei all diesen Beiträgen ist die Beziehung auf Mannheim, das als Beispiel alle typische Forderungen und Bindungen einer modernen Großstadt enthält. Frankfurt und nach ihm Berlin haben es bereits mit Erfolg unternommen, vor allem Fragen der äußeren Gestaltung, insbesondere der Baukunst, die der Stadt das Gesicht gibt, zu besprechen. Mannheim mag nun zum ersten Male den Versuch weiterzugreifen. Einen Einblick in dieses Mädelwerk der lebendigen Stadt soll die Zeitschrift geben, die reiches, erlebtes Bildmaterial wirtungsvoll unterfützt. (Verlag A. Bensheimer, Mannheim.)

Eheberatung

Sozialpolitik und Volksgesundheitspflege haben dazu geführt, daß der Staat sich heute weit mehr als früher um das private Wohlergehen seiner Bürger kümmert und sich bemüht, ihnen zum mindesten in Fragen der allgemeinen Wohlfahrt beratend oder helfend zur Seite zu stehen. Trotzdem waren es nicht diejenigen Länder, die sonst in der Sozialfürsorge führend zu sein pflegen, sondern vielmehr vorwiegend Länder von wirtschaftsliberaler Grundausstattung, in denen zuerst der Versuch gemacht wurde, Geschlechtliche in gesundheitlichen und biologischen Fragen zu beraten. Eine Reihe von amerikanischen Staaten ging dabei so weit, für Geisteskrante, Epileptische, Schwachsinnige, und Geschlechtskranke ein Eheverbot zu erlassen. Dieses Eheverbot führte dann sehr bald zu der Vorschritt, daß alle Geschlechtliche ein Gesundheitszeugnis vorzulegen haben. In anderen Ländern, wie in Schweden, begnügte man sich damit, den Eheverwehrenden die Abgabe einer ehrenwärtlichen Versicherung, daß sie nicht an einer der unter Eheverbot stehenden Krankheiten litten, abzufordern.

In Deutschland hat man sich erst nach der Staatsumwälzung mit den Fragen der Eheberatung und des Eheverbots für an bestimmten Krankheiten Leidende beschäftigt. Anfangs begnügte man sich mit der Verteilung eines auffällenden Merkblattes durch die Standesämter. In diesen Merkblättern wurden die Geschlechtliche dringend ermahnt, vor der Eheschließung sich ärztlich untersuchen zu lassen. Aber wie auf so vielen anderen Gebieten der Volkshygiene zeigte sich auch hier sehr bald, daß mit Aufklärung allein nicht allzuviel zu erreichen ist, und daß es letzten Endes ohne einen gewissen gesetzlichen Zwang nicht abgeht. So begann man im Jahre 1926 in Preußen mit der Errichtung von ärztlich geleiteten Eheberatungsstellen. Ihre Tätigkeit erstreckt sich zunächst nur auf diejenigen, die sie freiwillig zwecks Beratung in Anspruch nehmen. Anfangs war diese Inanspruchnahme vielfach sehr gering, aber sie wuchs bald, als die neue Einrichtung bekannter wurde. Anfang 1928 gab es in Deutschland bereits 130 amtliche Eheberatungsstellen, und außerdem noch eine ganze Reihe privater. Was den Umfang ihrer Tätigkeit anbelangt, so sei erwähnt, daß z. B. die Dresdener städtische Beratungsstelle schon im Jahre 1927 eine Besucherzahl von 572 feststellen konnte.

Die Tätigkeit der Eheberatungsstellen hat sich nicht überall gleichmäßig gestaltet. Die Hauptaufgabe bleibt natürlich die Beratung Verlobter vor der Eheschließung. Dazu ist aber in vielen Orten die Beratung von Eheleuten bei zerrütteten Ehen hinzugezogen. Die Ausstellung von Heiratszeugnissen wird nur in verhältnismäßig wenigen Fällen verlangt.

Weiter der Eheberatungsstellen sind meist ältere Ärzte oder Ärztinnen. Für die Wirksamkeit dieser Beratungsstellen hat sich bisher noch keine einheitliche Regel herausgebildet. Es scheint, daß die Entwicklung an den verschiedenen Orten noch recht verschiedene Wege geht. Gemeinsam ist eigentlich nur das Bestreben, die Volksgesundheit zu fördern und den Rat suchenden zu helfen. In einen gesetzlichen Zwang zur Inanspruchnahme der Eheberatungsstellen denkt man in Deutschland erfreulicherweise nicht.

Aus der Landeshauptstadt

Colosseumtheater. Die Direktion teilt mit, daß am kommenden Sonntag, den 15. d. M., die beiden Sensationsgastspiele Gelly de Rheith sowie Ench Night ihr Ende erreichen. Wer die beiden mit ihrer Künstlergarde noch nicht gesehen bzw. gehört hat, veräume an den wenigen noch verbleibenden Tagen nicht, das Colosseum zu besuchen. Am Sonntag, dem 16. d. M., geht als letztes Gastspiel dieser Saison die große Revue „Engel aus Arland“, ein lustiges Bilderbuch für jung und alt von 20 Seiten über die Bretter. Entzückende Bilder, von lieblicher Musik begleitet, ziehen auf der Bühne vorüber, ein Bildertuch im wahren Sinne des Wortes. Die Kostüme und Dekorationen sind von Künstlerhand entworfen und in den bedeutendsten Ateliers in Berlin hergestellt. Vergessen Sie deshalb nicht, auch dieses letzte Programm zu besuchen, denn die Zeit ist kurz, und am 30. Juni schließt das Colosseum seine Pforten.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Auf der Vorderseite eines heute nacht in Begleitung verbreiteter Wettervorübergehungen Tiefdruckausläufers kam es gestern zu starker Erwärmung. Am Südrande einer seit mehreren Tagen nordwestlich Englands stationären atlantischen Zyklone folgen über Frankreich weitere Druckwellen, die uns bei zeitweise aufstreichenden Westwinden einzelne leichtere Regenfälle bringen werden. Wetteraussichten: Wolkig bis heiter, vereinzelt leichter Regen bei zeitweise aufstreichenden Westwinden, Temperaturen wenig verändert.

Geschäftliches

Die Firma Siemens-Schuckertwerke A.-G.

hat in Karlsruhe in der Neuen Bahnhofstraße 3—7 einen Ausstellungsraum, verbunden gleichzeitig mit praktischen Vorführungen, eingerichtet. Zu einer dieser Vorführungen war eine Anzahl Damen und Herren auf Montagnachmittag eingeladen.

Der elektrische Strom ist, wie die Vortragende ausführte, im Gewerbe, in der Industrie und in der Landwirtschaft bereits ganz unentbehrlich geworden. Zur im Haushalt begegnet dieser willigen Arbeitskraft noch immer Miftrauen, das überwunden werden soll und muß, denn auch die Frau darf für ihre Hausarbeit Entlastung fordern. Und diese bringt „Protos“ wirklich. Das zeigte die Rednerin an der Protos-Praxis und Badröhre sowie an den verschiedensten Geräten für den Haushalt, vom Bügeleisen bis zur größten Wasch- und Bügelmaschine; natürlich fehlten nicht der Staubsauger und der Wöhner. Protos dient und hilft überall in Küche und Haushalt. Der gezeigte Küchenmotor treibt sogar 20 verschiedene aufstellbare Küchenmaschinen. Große Bewunderung rief der Protos-Turbowascher hervor. Dieser Apparat wäscht und trocknet die Wäsche in ganz kurzer Zeit. Mit einer Uhr kann man auf eine bestimmte Zeit den Strom ein- und ausschalten. Damit ist die Hausfrau von der Aufsichtsfunktion beim Kochen frei gemacht. Dargestellte Kostproben überzeugten von dem vorzüglichen Geschmack der elektrisch gekochten Speisen. Diese praktischen Vorführungen sollen künftighin jeden Freitag nachmittags 7 Uhr stattfinden. Die Hausfrauen Karlsruhes und der Umgebung haben dadurch Gelegenheit, sich hier von der praktischen Arbeit der einzelnen Apparate zu überzeugen. Eine schriftliche oder telefonische Anmeldung bei den Siemens-Schuckertwerken A.-G. Karlsruhe genügt. Es erfolgt dann nach Verteilung der Anmeldungen eine schriftliche Einladung.

Für die musikalische Unterhaltung während der Vorführung sorgte die Firma Siemens & Halske durch das Protos-Orchester. Dieses Orchester bereinigt in sich einen Rundfunkempfänger und eine Sprechmaschine. Man kann also, wenn die Darbietungen des Senders nicht zusagen, alle musikalischen Stimmen des Rundfunkgeräts in einen Schallplattenapparat verwandeln. Besondere Beachtung fanden die Vorführungen durch eine Musikübertragungsanlage, welche die Möglichkeit bietet, Konzerte, Vorträge oder Reden in einem großen oder mehreren Räumen zu verbreiten. Die Befestigung der automatischen Fernsprechanlage der Firma Siemens & Halske zeigte, welchen Nutzen ein Betrieb aus einer Selbstanschlußanlage, die heute für das Geschäftsleben unentbehrlich ist, ziehen kann.

Der Ägypterkönig in Berlin

Die Berliner Universität veranstaltete am Mittwochmorgen einen Empfang zu Ehren des ägyptischen Königs. Für den Abend hatte die Reichsregierung zu einer Galavorstellung im Opernhaus eingeladen.

Die Probefahrt des Kreuzers „Königsberg“

W.D. Wilhelmshaven, 13. Juni. (Tel.) Der neue Kreuzer „Königsberg“ hat seine Fahrt nach der Ostsee zur Erledigung der großen Probefahrt und der Meilenfahrt angetreten.

Kleine Chronik

Der schwedische Ozeanflug ist gescheitert. Das Flugzeug „Sverige“, das am Mittwoch einen Probeflug machte, wird in Neufahrwasser abmontiert werden.

Ein Kanuist hat in der Szamoser Gegend (Siebenbürgen) mehrere Ortschaften unter Wasser gesetzt. 16 Personen sind ertrunken.

Kurze Nachrichten aus Baden

13. Bruchsal, 13. Juni. Durch die Lebensmittelprüfungsstation der Technischen Hochschule in Karlsruhe wurde das Wasser sämtlicher Quellen und Wasserbehälter der Stadt untersucht; das Ergebnis ist durchaus befriedigend.

13. Konstanz, 12. Juni. Die Königin von Schweden ist heute mit Gefolge auf ihrem Schloß Rainau zu längerem Aufenthalt eingetroffen.

13. Friedrichshafen, 13. Juni. Der Wasserstand des Bodensees steigt von Tag zu Tag ganz erheblich. Früher der Pegel am 31. Mai noch 3,74 Meter, so wies er am Sonntag 4,10 Meter auf. Am letzten Montag wurden bereits 4,20 Meter gemessen. Ein weiteres Anwachsen des Wasserstandes ist für die nächsten Tage zu erwarten.

Zeitschriftenschau

Deutsche Rundschau (Deutsche Rundschau G. m. b. H., Berlin W 90, Einzelheft 2 M.). Das Juniheft dieser Zeitschrift zeigt wieder einen ihrer größten Vorzüge: eine einzigartige Vielseitigkeit in der Darstellung der heutigen Kulturwelt.

Gemeinderundschau

Das Städtische Hotel in Mannheim

Das städtische Palasthotel „Mannheimer Hof“ wurde am Samstag eröffnet. Es enthält insgesamt 171 Gästeschlafzimmer mit 220 Betten. Durch Heranziehung von Nebenräumen, z. B. von Ausstellungszimmern, läßt sich in besonderen Fällen die Bettenzahl auf 300 steigern.

In der Verkehrshalle, die man vom Soteleingang an der Augusta-Anlage betritt, befinden sich neben Empfangsbüro eine Buchhandlung, Hauptgarderobe, Telefonzentrale, die Haupttreppe sowie zwei Personenaufzüge.

Im Untergeschoß, von der Augustaanlage unmittelbar zugänglich, liegt das Bierrestaurant. Im ersten Obergeschoß des nach der Richard-Wagner-Straße zu gelegenen Flügelbaus liegen die Klubräume. Die Friseurräume sind im ersten Obergeschoß auf der Augustaanlage und Richard-Wagner-Straße untergebracht.

Von besonderen technischen Einrichtungen sind die neuesten Heizungs- und Lüftungsanlagen hervorzuheben, ferner die Kühl- und Eisbereituungsanlagen sowie die sanitären Anlagen und die elektrische Stromversorgung.

Bau eines Rathauses in Lichtenau. Der Bürgerausschuß Lichtenau genehmigt in seiner letzten Sitzung mit 29 gegen 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Summe von 100 000 M zum Bau eines Rathauses, eines Gemeinderatsgebäudes und einer Kochküche.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with columns for location (Amsterdam, Kopenhagen, etc.), date (13. Juni, 12. Juni), and exchange rates (Geld, Brief).

Vorstandsgemeinschaft A.-G. Heidelberg-Mannheim-Stuttgart. In einer in Heidelberg abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung wurde verabschiedet, das Aktienkapital um bis zu 5,1 Mill. Reichsmark zu erhöhen.

Reis & Co. A.G., Baumwolle, Rayon und Kapoffabrik, Friedrichshafen. Diese mit einem Aktienkapital von 2 Mill. arbeitende Gesellschaft, die sich hauptsächlich mit der Herstellung von Baumwolle und Kapoff befähigt, erzielte im Jahre 1928 einen Reingewinn von 102 335 M, dem sich ein Vortrag von 1927 in Höhe von 27 879 M zugefügt, so daß 130 214 M zur Verfügung der Generalversammlung standen.

Badische Gießerei- und Maschinenfabrik A.-G. Oberstrot im Nurgal. Aus der am 31. Dezember 1928 aufgestellten Bilanz ergibt sich ein Verlust dieser Gesellschaft von 15 241 M. Die Grundstücke, Gebäude und Wasserkräftenanlagen stehen mit 494 000 M, Maschinen, Geräte und Fuhrpark mit 609 000 Reichsmark, Warenvorräte mit 457 000 M, Forderungen mit 441 000 M zu Buch, während auf der Passivseite neben dem Aktienkapital von einer Million Aktienkapital, Reservefonds und Delkrede mit je 10 000 M ein Dispositionsfonds mit 34 000 M und Schulden in Höhe von 965 M ausgewiesen werden.

Schweizerische Rheinfrachtenkonferenz. Die in den Basler Rheinhafenanlagen angesiedelten Reedereien, die Schweizerische Schiffsahrtsgesellschaft, die Basler Rheinischiffahrts-A.-G., die Allgemeine Rhein-Transport-A.-G., die Transport- und Schiffahrts-A.-G. Neptun und die Rheinis A.-G. für Schiffsahrt und Expedition haben sich zur Schweizerischen Rheinfrachtenkonferenz zusammengeschlossen, deren Aufgabe darin besteht, in möglichst rationaler Weise die gesamten für die Schweiz bestimmten Transporte auf dem Rhein zu übernehmen und jeder der angeschlossenen Reedereien einen bestimmten Prozentsatz zuzuweisen.

Staatsanzeiger

Dem Hanauer Kennverein in Billstätt ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei dem am 14. Juni 1929 in Billstätt stattfindenden Pferderennen erteilt worden.

Der Minister des Innern. J. A.: Schwarz.

Dem Kennverein Fahr-Stützelli ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei dem am 16. Juni 1929 in Fahr stattfindenden Pferderennen erteilt worden.

Der Minister des Innern. J. A.: Schwarz.

Advertisement for Volksschauspiel Oetigheim Natur- u. Freilichtbühne. Features 'Das große Opfer', 'Preziosa', and 'Wilhelm Tell'.

Balance sheet for Öffentliche Sparkasse Oettingen as of 31. December 1928. Includes assets (Vermögen) and liabilities (Schulden) with amounts in Reichsmark.

Das Stoffbüro der Reichsbahndirektion Karlsruhe verweigert Mittwoch, 19. Juni 1929 vorm. 7 1/2 Uhr beginnend gegen Barzahlung in Gerätehauptlager Karlsruhe, alter Personenbahnhof, Eingang Rüppurrer Straße, alte Geräte, darunter: Schreibmaschinen, Fahrräder, Binden, Hobelbänke, Schloßer- und Schreinerwerkzeuge, Feilen, Sa & farren, Schubkarren, Schubkarrenräder, Burzgitter, Fenster, Leitern, Verladebäume, Kronleuchter, Almetalle.

Advertisement for Badisches Landes-Theater featuring 'Die Fledermaus' and 'Colosseum' with Celly do Rheidt Enoch Light.

Fohlenmarkt-Lotterie Knielingen

Ziehungsliste

Bei der heute vor dem Notar vorgenommenen Verlosung haben folgende Nummern die beigefügten Gewinne erhalten:

D.3.	Los-Nr.	Gew.-Nr.	Gegenstand	Wert	D.3.	Los-Nr.	Gew.-Nr.	Gegenstand	Wert
1.	3	84	1 Brot Schneidemaschine	7.— M	63.	2520	166	1 Rasiergarnitur	4.— M
2.	20	236	1 Satz Porzellan schüsseln	3.— M	64.	2530	182	1 Bürstengarnitur	4.— M
3.	76	91	1 Wachsseil	6.— M	65.	2552	135	1 Toilettegarnitur	5.— M
4.	85	225	1 Bohrwinde, Hammer u. Säge	3.— M	66.	2610	221	1 Aluminium-Milchkanne	3.— M
5.	90	63	1 Rohrseffel	10.— M	67.	2633	65	1 Beder	8.— M
6.	109	160	1 Altknappen	4.— M	68.	2668	73	1 Fleischmaschine	8.— M
7.	120	49	1 Bügeleisen	10.— M	69.	2765	138	1 Toiletteeimer	5.— M
8.	146	32	1 Pferdebede	15.— M	70.	2768	143	1 Gießkanne	5.— M
9.	151	184	1 Blumenvase	4.— M	71.	2773	208	1 Toilettegarnitur	3.— M
10.	170	101	1 Herrenschirm	6.— M	72.	2793	56	1 Tischuhr	10.— M
11.	327	199	1 Handfäße	3.— M	73.	2904	115	1 Aluminiumhaken	6.— M
12.	334	59	1 Hängematte	10.— M	74.	2914	125	1 Wandtaffemühle	5.— M
13.	335	9	1 Fohlen (Braunstute)	220.— M	75.	2917	126	1 Buttermaschine	5.— M
14.	345	191	1 Brotkasten	4.— M	76.	2971	15	1 Herd	125.— M
15.	396	10	1 Fohlen (Braunhengst)	220.— M	77.	2990	180	1 Mandelmühle	4.— M
16.	400	223	1 Springform	3.— M	78.	3041	198	1 Stielpfanne	3.— M
17.	432	118	1 Handteller	6.— M	79.	3080	185	1 Tafelaufsatz	4.— M
18.	450	105	½ Duzend Kaffeelöffel	6.— M	80.	3138	156	1 Gießkanne	4.— M
19.	465	113	1 Weinservice	6.— M	81.	3163	161	1 Wasserkessel	4.— M
20.	531	189	1 Zeitungshalter	4.— M	82.	3182	219	1 Kartoffeldämpfer	3.— M
21.	534	162	1 Bundform	4.— M	83.	3185	165	1 Damen-Handtasche	4.— M
22.	605	171	1 Kübel	4.— M	84.	3203	196	1 Glaschale	4.— M
23.	628	38	½ Duzend Besteck	12.— M	85.	3282	50	1 Bügeleisen	10.— M
24.	687	169	1 Wäschekorb	4.— M	86.	3320	35	1 Blumenständer	15.— M
25.	730	233	1 Reksdose	3.— M	87.	3359	119	1 Handteller	6.— M
26.	739	48	1 Leiter	11.— M	88.	3497	207	1 Toilettegarnitur	3.— M
27.	877	53	1 Wagenseil	10.— M	89.	3532	172	1 Kübel	4.— M
28.	946	210	1 Kaffeefervice	3.— M	90.	3601	231	1 Reksdose	3.— M
29.	1008	130	1 Bratpfanne	5.— M	91.	3605	25	1 Liegestuhl	25.— M
30.	1242	234	1 Küchenwaage	3.— M	92.	3613	13	1 Sofa	145.— M
31.	1262	170	1 Wäschekorb	4.— M	93.	3636	190	1 Mandelmühle	4.— M
32.	1272	4	1 Fohlen (Braunstute)	480.— M	94.	3640	122	1 Rucksack	6.— M
33.	1412	19	1 Egge	35.— M	95.	3690	75	1 Eintochapparat	7.— M
34.	1544	227	1 Tortenplatte	3.— M	96.	3754	31	1 Pferdebede	15.— M
35.	1566	167	1 Tablett	4.— M	97.	3803	110	1 Tafelaufsatz	6.— M
36.	1578	235	1 Satz Porzellan schüsseln	3.— M	98.	3842	66	1 Wandtaffemühle	8.— M
37.	1592	131	1 Wandtaffemühle	5.— M	99.	3859	155	1 Brotkasten	5.— M
38.	1621	205	1 Einkaufstasche	3.— M	100.	3880	149	1 Teeservice	5.— M
39.	1637	216	1 Obstservice	3.— M	101.	3907	62	1 Rohrseffel	10.— M
40.	1756	116	1 Deckengurte	6.— M	102.	3938	26	1 Satz Aluminiumhaken	20.— M
41.	1795	142	1 Brotkasten	5.— M	103.	3962	241	1 Seiber	3.— M
42.	1807	220	1 Kartoffeldämpfer	3.— M	104.	3968	93	1 Politur-Wop	6.— M
43.	1832	3	1 Fohlen (Braunstute)	630.— M	105.	3984	247	1 Springform	3.— M
44.	1861	109	1 Nähständer	6.— M	106.	4022	240	1 Toiletteeimer	3.— M
45.	1878	114	½ Duzend Kaffeelöffel	6.— M	107.	4157	90	1 Wachsseil	6.— M
46.	1893	74	1 Fleischmaschine	8.— M	108.	4059	5	1 Fohlen (Rapphengst)	370.— M
47.	1916	157	1 Aluminiumschüssel	4.— M	109.	4191	108	1 Schirmständer	6.— M
48.	1957	242	1 Bürstengarnitur	3.— M	110.	4201	200	1 Tischuhr	3.— M
49.	2033	103	1 Damenschirm	6.— M	111.	4253	248	1 Springform	3.— M
50.	2096	177	1 Emailhaken	4.— M	112.	4345	202	1 Gentelkorb	3.— M
51.	2119	68	1 Teigschüssel	8.— M	113.	4404	121	1 Handteller	6.— M
52.	2148	40	1 Rohrseffel	12.— M	114.	4544	95	1 Stuhl	6.— M
53.	2151	29	1 Blumenständer	18.— M	115.	4556	136	1 Kaffeefervice	5.— M
54.	2204	183	1 Gentelkorb	4.— M	116.	4631	154	1 Kübel	5.— M
55.	2237	152	1 Wandtaffemühle	5.— M	117.	4709	107	1 Fleischmaschine	6.— M
56.	2249	212	1 Blumenvase	3.— M	118.	4732	86	½ Duzend Besteck	7.— M
57.	2251	80	1 Damenschirm	7.— M	119.	4803	24	1 Wandschrank	30.— M
58.	2285	45	1 Tischlampe	12.— M	120.	4882	41	1 Rohrseffel	12.— M
59.	2287	27	1 Leiterwägelchen	20.— M	121.	4951	22	1 Regulator	35.— M
60.	2428	197	1 Dungschöpfe	3.— M	122.	4952	34	1 Waschmaschine	15.— M
61.	2488	1	1 Fohlen (Braunstute)	700.— M	123.	4964	23	1 silberne Herrenuhr	30.— M
62.	2502	139	1 Spargeltopfer	5.— M	124.	5030	250	1 Biertrug	2.— M

D.3.	Los-Nr.	Gew.-Nr.	Gegenstand	Wert	D.3.	Los-Nr.	Gew.-Nr.	Gegenstand	Wert
125.	5078	72	1 Waschgarnitur	8.— M	188.	7687	60	1 Sandkoffer	10.— M
126.	5164	150	1 Waschgarnitur	5.— M	189.	7711	137	1 Nachttischlampe	5.— M
127.	5173	57	½ Duzend Eßlöffel	10.— M	190.	7756	71	1 Vitroservice	8.— M
128.	5355	99	1 Sandkoffer	6.— M	191.	7856	141	1 Wandtaffelmühle	5.— M
129.	5365	218	1 Seiber	3.— M	192.	7873	61	1 Eismaschine	10.— M
130.	5380	67	1 Pferdehalter	8.— M	193.	7912	87	1 Wäschekorb	7.— M
131.	5397	58	1 Hängematte	10.— M	194.	7938	77	1 Bratpfanne	7.— M
132.	5467	36	1 Aluminiumhafen	15.— M	195.	7999	186	1 Tafelauffaß	4.— M
133.	5495	245	2 Blumenvasen	3.— M	196.	8017	129	1 Einkochapparat	5.— M
134.	5549	181	1 Mandelmühle	4.— M	197.	8036	213	1 Blumenvase	3.— M
135.	5589	158	1 Eimer	4.— M	198.	8045	52	1 Vitterschaukel	10.— M
136.	5692	144	1 Gießkanne	5.— M	199.	8100	78	1 Teigschüssel	7.— M
137.	5705	147	1 Tortenplatte	5.— M	200.	8134	249	1 Biertrug	2.— M
138.	5706	89	1 Waschseil	6.— M	201.	8158	51	1 Köpfling für Fohlen	10.— M
139.	5750	230	1 Tortenplatte	3.— M	202.	8163	124	1 Mandelmühle	5.— M
140.	5771	215	1 Obstservice	3.— M	203.	8165	33	1 Waschgarnitur	15.— M
141.	5786	2	1 Fohlen (Kappstute)	650.— M	204.	8183	6	1 Fohlen (dunkelbr. Stute)	280.— M
142.	5827	79	1 Fleischmaschine	7.— M	205.	8319	179	1 Küchenwaage	4.— M
143.	5915	239	1 Aluminium-Milchkanne	3.— M	206.	8329	47	1 Biertrug	11.— M
144.	5920	145	1 Spiritusocher	5.— M	207.	8367	164	1 Damen-Handtasche	4.— M
145.	5941	8	1 Fohlen (dunkelbr. Hengst)	240.— M	208.	8405	98	1 Einkochapparat	6.— M
146.	5952	188	1 Glaskhale	4.— M	209.	8422	195	1 Salatseiber	4.— M
147.	5964	168	1 Tablett	4.— M	210.	8444	222	1 Springform	3.— M
148.	5968	94	1 Zinkhafen	6.— M	211.	8520	153	1 Söcker	5.— M
149.	5998	224	1 Brotkasten	3.— M	212.	8559	201	1 Springform	3.— M
150.	6029	140	1 Wandtaffelmühle	5.— M	213.	8598	232	1 Keksdose	3.— M
151.	6111	55	1 Tischuhr	10.— M	214.	8676	92	1 Waschseil	6.— M
152.	6179	163	1 Eimer	4.— M	215.	8685	17	1 Pflug	60.— M
153.	6239	46	1 Nachttischlampe	11.— M	216.	8701	117	1 Sandkoffer	6.— M
154.	6242	173	1 Wasserfessel	4.— M	217.	8774	97	1 Einkochapparat	6.— M
155.	6256	217	1 Seiber	3.— M	218.	8863	104	1 Toilettegarnitur	6.— M
156.	6276	11	1 Fohlen (Braunstute)	210.— M	219.	8893	206	1 Ruckfack	3.— M
157.	6350	39	1 Leiter	12.— M	220.	8904	243	1 Tafelauffaß	3.— M
158.	6425	238	1 Aluminium-Milchkanne	3.— M	221.	8935	54	1 Tischuhr	10.— M
159.	6472	30	1 Küchenwaage	18.— M	222.	8944	133	1 Urn	5.— M
160.	6484	28	1 wasserdichte Pferdebede	18.— M	223.	8990	134	1 Sandkoffer	5.— M
161.	6500	14	1 Nähmaschine	145.— M	224.	9013	7	1 Fohlen (Braunhengst)	250.— M
162.	6612	229	1 Tortenplatte	3.— M	225.	9089	37	1 Barometer	15.— M
163.	6615	69	1 Waschgarnitur	8.— M	226.	9104	96	1 Stuhl	6.— M
164.	6678	175	1 Zinkwanne	4.— M	227.	9165	209	1 Rasiergarnitur	3.— M
165.	6748	20	1 Pflug	35.— M	228.	9199	228	1 Tortenplatte	3.— M
166.	6766	88	1 Waschseil	6.— M	229.	9200	102	1 Herrenschirm	6.— M
167.	6840	21	1 Pflug	35.— M	230.	9243	174	1 Wasserfessel	4.— M
168.	6885	81	1 Küchenwaage	7.— M	231.	9246	244	1 Blumenvase	3.— M
169.	6959	192	1 Aluminium-Milchkanne	4.— M	232.	9287	178	1 Emailhafen	4.— M
170.	7004	246	1 Blumenvase	3.— M	233.	9320	193	1 Küchenwaage	4.— M
171.	7010	111	1 Fleischmaschine	6.— M	234.	9362	187	1 Tafelauffaß	4.— M
172.	7035	151	1 Tortenplatte mit Schaufel	5.— M	235.	9441	106	1 Fleischmaschine	6.— M
173.	7078	237	1 Satz Porzellanschüsseln	3.— M	236.	9620	76	1 Senfe	7.— M
174.	7127	120	1 Sandkoffer	6.— M	237.	9658	128	1 Einkochapparat	5.— M
175.	7143	203	1 Senfeschob	3.— M	238.	9664	146	1 Tafelauffaß	5.— M
176.	7238	176	1 Zinkhafen	4.— M	239.	9674	194	1 Wärmeflasche	4.— M
177.	7240	211	1 Kaffeefervice	3.— M	240.	9687	214	1 Blumenvase	3.— M
178.	7303	83	1 Fleischmaschine	7.— M	241.	9708	204	1 Einkaufstasche	3.— M
179.	7326	64	1 Wärmeflasche	10.— M	242.	9719	12	1 Fohlen (Braunhengst)	200.— M
180.	7447	18	1 Egge	40.— M	243.	9736	70	1 Schließkorb	8.— M
181.	7486	43	1 Speisefervice	12.— M	244.	9770	127	1 Buttermaschine	5.— M
182.	7493	132	1 Zinkwanne	5.— M	245.	9866	148	1 Tafelauffaß	5.— M
183.	7519	44	1 Tischlampe	12.— M	246.	9877	42	1 Schließkorb	12.— M
184.	7594	159	1 Affenmappe	4.— M	247.	9897	16	1 Herrenfahrrad	115.— M
185.	7634	123	1 Waschgarnitur	6.— M	248.	9919	226	1 Bürtengarnitur	3.— M
186.	7654	82	1 Bierservice	7.— M	249.	9926	112	5 Einmachgläser	6.— M
187.	7666	85	½ Duzend Bested	7.— M	250.	9991	100	1 Leitseil	6.— M

Die Gewinne können jeweils von 8—12 und 2—6 Uhr Wertags auf dem Rathaus gegen Rückgabe der Gewinnlose abgeholt werden.

Knielingen, den 10. Juni 1929.

Der Gemeinderat.

Buchdruckerei Chr. F a B, Rheinbote, Karlsruhe.